

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/601



Pro Rauchfrei e.V. • Postfach 81 07 12 • 81907 München

Frau Siegrid Tenor-Alschausky
Vorsitzende des Sozialausschusses
Schleswig-Holsteiner Landtag
Postfach 7121

24171 Kiel

Pro Rauchfrei e.V.

Postfach 810712
81907 München

Pro Rauchfrei e.V.

Regionalvertretung Franken

Akazienweg 6
91058 Erlangen

Telefon: 0171 7718245

Telefax: 01212 564029532

eMail: Sigg.Ermer@pro-rauchfrei.de
www.pro-rauchfrei.de

Vereinsregister München VR 18737

Sparkasse Erlangen

Konto: 510 04440

BLZ: 763 500 00

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
L212, 2. Feb. 2006

Bitte bei Antwort angeben

Unser Aktenzeichen
SE_SHL_01

Direktwahl
0171 7718245

Bearbeiter(in)
Sigg Ermer

Datum
11. Feb. 2006

Rauchfreier öffentlicher Raum
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/437 (neu)

Sehr geehrte Frau Tenor-Alschausky,
sehr geehrte Mitglieder des Sozialausschusses,

gerne kommen wir Ihrer Bitte nach, zu dem genannten Antrag Stellung zu beziehen.

Als unabhängiger, bundesweit aktiver, gemeinnütziger Verein setzen wir uns für eine rauchfreie Gesellschaft ein. Unser Ziel ist es, die für uns alle lebensnotwendige Atemluft, die als Rechtsgut dem besonderen Schutz des Grundgesetzes unterliegt, vor der Vergiftung durchs Rauchen zu bewahren. Zigarettenrauch ist der gefährlichste Innenraumschadstoff überhaupt. Es ist verwunderlich, dass bei mindestens 3.300 Passivrauchtoten jährlich in Deutschland (Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums) nicht schon längst umfassende Maßnahmen zum Schutz vor dem Zwangsmitrauchen

getroffen wurden. Es ist die Pflicht des Gesetzgebers, alles zu tun, um Schaden vom deutschen Volke abzuwenden.

Die Gesundheitspolitik ist hierbei ein zentraler Faktor staatlicher Gewalt.

Pro Rauchfrei, Lobby der Passivraucher, befürwortet daher jede Maßnahme, die geeignet erscheint, den unnötigen Schadstoff Tabakrauch aus öffentlichen Gebäuden zu verbannen.

Nach Artikel 2 Abs. 2 GG endet die Freiheit des Einzelnen dort, wo die Freiheit des anderen auf körperliche Unversehrtheit beginnt. Deshalb gebietet gerade unsere freiheitlich rechtstaatliche Ordnung, uneingeschränkt für eine gesunde Atemluft zu sorgen. Wie langjährige Erfahrungen in den USA und in vielen europäischen Ländern zeigen, ist ein Rauchverbot in allen öffentlich zugängigen Gebäuden die einfachste, kostengünstigste und effizienteste Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung vor dem hochgiftigen Tabakrauch. Es bestehen wissenschaftlich keine Zweifel mehr, dass Tabakrauch der schlimmste, vermeidbare Giftschadstoff in Gebäuden ist. Er trägt zudem in hohem Maße zur Feinstaubbelastung bei. Eine einzige Zigarette emittiert soviel Feinstaub (< 10 Mikrometer), wie ein laufender moderner Diesel-PKW-Motor in 100 Minuten erzeugt (Studie des Mailänder Krebsforschungsinstituts).

Gerade Rauchverbote in öffentlichen Bereichen haben eine Vorbildfunktion für die gesamte Gesellschaft. Sie sind daher ein wichtiger und unerlässlicher Beitrag zur Tabakprävention, insbesondere zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen. Freiwillige Vereinbarungen sind wie in anderen Lebensbereichen (z.B. Straßenverkehr) keine wirksamen Maßnahmen.

Pro Rauchfrei unterstützt daher als parteilich unabhängiger gemeinnütziger Verein den o.g. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 16/437, neu) in allen Punkten und ohne jede Einschränkung.

Wir wünschen dem Antrag die Unterstützung möglichst aller Parlamentarier, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit. Schließlich ist das Rechtsgut „tabakrauchfreie Atemluft“ ein elementarer Faktor für ein gesundes Leben und eine gesunde Gesellschaft, dem jeder verpflichtet ist, besonders als Mandatsträger von Bürgerinnen und Bürger, die mehrheitlich nicht rauchen und die es deshalb zu schützen gilt.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Kfm. Siggi Ermer
Vorstandsvorsitzender
Pro Rauchfrei e.V.